



**Stadtkreisverband
Ludwigshafen am Rhein**

Arbeiterwohlfahrt
Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)
Fachdienst für Migration und Integration
Migrantenberatung
Kurt - Schumacher – Haus, Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen
Tel: 0621 518015
Fax: 0621 5292156
Homepage: www.awo-lu.de
mail: vorstand@awo-lu.de

Jahresbericht 2017

Inhalt

- 1. Bevölkerungsentwicklung in Ludwigshafen**
- 2. MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer**
- 3. MFD- Migrationsfachdienst und Asylverfahrensberatung**
- 4. Migrationssozialarbeit**
- 5. Herausforderungen**
- 6. Statistische Daten**
- 7. Netzwerkarbeit und Kooperationen**
- 8. Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen**
- 9. Personelle Besetzung und Kontaktdaten**

1. Bevölkerungsentwicklung in Ludwigshafen

Laut einem Artikel in der RHEINPFALZ vom Sommer 2017 hat Ludwigshafen in diesem Jahr die Zahl von über 170.000 Einwohnern erreicht, darunter haben 40.000 Einwohner eine ausländische Staatsbürgerschaft, 22.000 sind sogenannte Doppelstaatler, d.h. sie haben zwei Pässe. Ludwigshafen gehört somit zu den Städten Deutschlands mit der höchsten Rate an Menschen mit Migrationshintergrund, das trifft vor allem zu für die Innenstadt (60 %), den Hemshof (71 %) und den Stadtteil West (52 %) – s. Ismail Kul & Michael Schmid, Rheinpfalz, 07.06.2017.

In der Stadtmitte, auch von den anderen Stadtteilen zu Fuß und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar, liegt die Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V., die seit vielen Jahren ein breit gefächertes Angebot für die verschiedenen Gruppen von MigrantInnen vorhält.

2. MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer ist in erster Linie ein Angebot für Neuzuwanderer mit festem Aufenthaltsstatus und ergänzt den Besuch von Integrationskursen, der so schnell wie möglich nach Einreise beginnen sollte. Menschen aus Nicht-EU-Staaten werden bei Erteilung des ersten Aufenthaltstitels von der Ausländerbehörde zum Besuch der Kurse verpflichtet, ebenso verpflichten die MitarbeiterInnen des Jobcenters KundInnen mit Defiziten in der deutschen Sprache, alle anderen Zuwanderer können sich an eine Beratungsstelle wie die der AWO wenden, um einen Zulassungsantrag an das BAMF zu stellen.

Dieses Angebot wird sehr gut angenommen, vorwiegend von EU-Bürgern, aber auch von älteren Personen aus anderen Regionen mit längerer Aufenthaltsdauer, die sich einbürgern lassen oder beruflich noch einmal durchstarten wollen, z.B. Frauen nach der Familienphase.

Seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 ist das B1-Sprachzertifikat eine der Voraussetzungen für eine Aufenthaltsverfestigung.

Neuzuwanderern, die Interesse an einem Integrationskurs haben, helfen wir nicht nur beim Ausfüllen der Antragsformulare und Zusammenstellung der notwendigen Unterlagen, sondern informieren ausführlich über weitere Beratungsangebote in Ludwigshafen, über Möglichkeiten der Bewertung mitgebrachter Zeugnisse oder Diplome, Zugang zu finanzieller Unterstützung wie Kindergeld und Kinderzuschlag und geben bei Bedarf Informationsmaterialien mit.

Ein großes Problem beim Zugang zu diesen Kursen ist das Fehlen von Kursen mit Kinderbetreuung, für viele junge Frauen eine große Enttäuschung, denn Kinderhort- und Kindergartenplätze sind ebenfalls Mangelware und die Wartezeiten lang.

Das Beratungsangebot der MBE ist zwar idealtypisch auf drei Jahre begrenzt, allerdings können sich auch MigrantInnen mit längerer Aufenthaltsdauer, sogar bereits eingebürgerte Ratsuchende, im Rahmen von „nachholender Integration“ an die BeraterInnen wenden, wenn sie migrationsspezifische Probleme haben.

Unserer Erfahrung nach entsteht Beratungsbedarf allerdings eher nicht während des Besuches eines Integrationskurses, sondern danach, wenn es um die Suche nach weiterführenden Deutschkursen und beruflichen Perspektiven geht.

Beide Standorte der MBE, Ludwigshafen und Frankenthal, ziehen aufgrund ihrer Lage in der Metropolregion-Rhein-Neckar, in der zahlreiche große Industrieunternehmen angesiedelt sind, seit einiger Zeit viele Zuwanderer aus den ost- und südeuropäischen EU-Ländern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit an.

Sie arbeiten vorwiegend auf Baustellen, in der Produktion oder im Dienstleistungsbereich (Reinigung, Gastronomie, Transport usw.). Aufgrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit in ihren Ländern nehmen sie hier prekäre Arbeitsbedingungen und beengte Wohnverhältnisse in Kauf. Sie werden von ihren

Arbeitgebern (in der Regel Leihfirmen) oft unter der Mindestlohngrenze bezahlt, zur Mehrarbeit gezwungen und nicht selten auch noch um Lohn und Urlaubsgeld betrogen. Häufig sind sie, wie auch viele unserer Klienten aus anderen Herkunftsregionen, trotz Vollzeitätigkeit zur Lebensunterhaltssicherung der Familie auf ergänzende Leistungen nach SGB II angewiesen. Besonders nach dem Inkrafttreten „des Gesetzes zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“ häuften sich die Fälle, in denen erwerbslosen Frauen, die mit einem Leistungsberechtigten und gemeinsamen Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, Leistungen nach SGB II versagt wurden, da sie nicht standesamtlich verheiratet sind. Diese eheähnliche Gemeinschaft wird vom Jobcenter zu Unrecht nicht als Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft betrachtet und so die Partnerinnen der freizügigkeitsberechtigten Arbeitnehmer benachteiligt – allerdings haben bereits Familien positive Urteile vor dem Sozialgericht erstritten.

Weitere Themen in der Beratung waren wie in den vorigen Jahren schon Fragen zum EU-Freizügigkeitsrecht, Aufenthaltsrecht, zu Asylrecht und Asylverfahren – hier können wir auf die Kollegin im Team, die Verfahrensberatung anbietet, verweisen - Fragen zu Einbürgerung und Doppelstaatsangehörigkeit, zu Trennung, Scheidung, Erziehung, Renten- und Krankenversicherung und zu Sozialleistungen. Weiterhin ist auch Schuldenproblematik in den Beratungsgesprächen ein wichtiges Thema. Zu weiteren wichtigen Beratungsinhalten gehörten Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche, Bewerbungen und Qualifizierungsmöglichkeiten.

Viele der Personen, die in den Jahren 2015 und 2016 als AsylantragstellerInnen unsere Beratungsstelle aufgesucht hatten, wurden mittlerweile entweder als Flüchtlinge anerkannt, bekamen subsidiären Schutz oder Aufenthalt aus humanitären Gründen, manche können zunächst nur mit Duldung hier bleiben. Für die ersten drei Jahre nach Erteilung eines

Aufenthaltstitels gibt es für anerkannte Flüchtlinge, die das Asylverfahren in Rheinland-Pfalz durchlaufen haben und ausschließlich von SGB II-Leistungen leben, seit August 2016 eine (rückwirkend zum 01.01.2016 geltende) Wohnsitzauflage – sie dürfen nur in Rheinland-Pfalz wohnen. Da es in Ludwigshafen schon seit vielen Jahren eine gute Versorgungsstruktur durch zugewanderte ÄrztInnen, Läden mit Waren aus den verschiedenen Herkunftsregionen und nicht zuletzt religiöse Gemeinschaften gibt, von verschiedenen christlichen Gemeinden bis zu diversen islamischen Moscheegemeinden und die Region zumindest eine Hoffnung auf einen Arbeitsplatz bietet, ist Ludwigshafen natürlich attraktiver als ländliche Regionen des Bundeslandes.

Diese Zuwanderung führt in Ludwigshafen, Frankenthal und dem Umland zu einer hohen Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen, die es auf dem Markt kaum mehr gibt. Besonders schwierig ist die Lage für Familien mit mehr als drei Kindern, bei vielen unsere Klienten sind vier oder fünf Kinder keine Seltenheit. Diese Wohnungsnot wird nicht selten von gewissenlosen Prämiensjägern ausgenutzt, Klienten berichten immer wieder, dass Adressen frei werdender Wohnungen für Prämien bis zu mehreren Tausend Euro gehandelt werden, manche Wohnungssuchende verschulden sich dafür bei Arbeitgebern, Verwandten und Freunden. Fehlende Kindergartenplätze und mangelnde Schulplätze für Kinder, die noch keine Deutschkenntnisse haben und auf Förderunterricht in der Schule angewiesen sind, sind ebenfalls ein großes Problem für unsere KlientInnen, denen sehr daran gelegen ist, dass ihre Kinder schnell Deutsch lernen und gute Leistungen in der Schule zeigen.

Ein häufig angesprochenes Thema in der Beratung ist immer wieder gewissenlose „Abzocke“ z.B. durch Telefon-, Internet- und Energieanbieter, sowohl in Form von Haustürgeschäften und durch – eigentlich verbotene – Telefonwerbung, aber in einigen Fällen auch durch offensichtlich falsche Versprechungen im Einzelhandel, wenn es um Handytarife bzw. Internetanschlüsse geht. Zuwanderer gehen oft davon aus, dass Betrug in einem Rechtsstaat wie Deutschland nicht

vorkommt und sind entsetzt, wenn sie aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse Opfer von solchen Machenschaften werden. Deshalb planen wir im Jahr 2018 eine Gruppenveranstaltung zum Verbraucherrecht.

Ein bedeutender Anteil der Ratsuchenden hat eine Berufsausbildung oder ein Studium im Heimatland begonnen oder absolviert, daher ist eine intensive Beratung zur Bewertung bzw. Anerkennung von Zeugnissen und Berufsabschlüssen aus dem Heimatland von großer Bedeutung, denn die Anerkennung eines ausländischen Abschlusses erhöht natürlich die Chancen auf eine schnelle Eingliederung in den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt.

Das wichtigste Thema für anerkannte Flüchtlinge ist die Familienzusammenführung, leider bekamen im Laufe des Jahres 2017 nur noch wenige Asylantragsteller den vollen Flüchtlingsschutz, bei sogenanntem subsidiären Schutz ist der Familiennachzug nach derzeit geltender Rechtslage ausgesetzt bis Ende August 2018, danach sollen – wenn das Gesetz nicht geändert wird - monatlich 1000 Personen weltweit zu ihren subsidiär geschützten Ehepartnern bzw. Eltern nach Deutschland einreisen dürfen. Der Leidensdruck der Flüchtlinge und ihrer Angehörigen ist kaum vorstellbar, vor allem, wenn Familienangehörige noch in Kriegsgebieten sind oder in Flüchtlingscamps mehr schlecht als recht ihr Leben fristen müssen. In solchen Fällen versuchen die hier lebenden Väter/Mütter/Jugendlichen ein wenig von ihren Jobcenter-Leistungen zu sparen und ihren Angehörigen zu schicken, nicht selten fließen während der Beratung dieses Personenkreises Tränen. Immer wieder hören wir, dass subsidiär Geschützte, vor allem Syrer, entweder in ein Land, in dem die Angehörigen leben (Türkei, Libanon, Jordanien) oder sogar nach Syrien zurückgekehrt sind. Ein Klient drückte es so aus: „Was nützt es mir, wenn ich hier in Frieden und Sicherheit lebe, wenn meine Familie stirbt. Ich bin hierhergekommen, um meine Frau und Kinder zu retten. Wenn das nicht geht, sterbe ich lieber zusammen mit ihnen.“

3. MFD - Migrationsfachdienst und Asylverfahrensberatung

Der MFD, vom Land finanziert, wird mit einer halben Stelle in Ludwigshafen angeboten. Beraten werden alle MigrantInnen, neu zugewanderte und länger hier lebende, Asylbewerber, Geduldete, anerkannte Flüchtlinge, Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus sowie Spätaussiedler. Beratungsthemen im Jahr 2017 waren vorwiegend Asylverfahren, Aufenthaltsverfestigung, Bleiberechtsregelung, Dublin-Verfahren, Abschiebeschutz, freiwillige Rückkehr, bzw. Weiterwanderung und Familienzusammenführung. Weitere Themen waren Probleme mit Asylbewerberleistungen bzw. SGB II, außerdem verbraucherrechtliche Fragen, Schulden, Arbeitsuche, Wohnungs- und Mietprobleme, Bedarf an Unterstützung bei der Beantragung von Kinder- und Elterngeld, bei der Erstellung von Lebensläufen. Viele Flüchtlinge in Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung suchen nach einem Zugang zu Deutschkursen, auch Arbeitsmarktzugang und Ausbildungsplatzsuche waren gefragte Themen, manche KlientInnen der AWO fragen nach einem Praktikumsplatz, um das Team zu unterstützen und die eigenen Deutschkenntnisse zu verbessern.

Die Asylverfahrensberatung, finanziert aus Landesmitteln, wird seit Mitte 2015 am Standort Frankenthal mit einem Stellenanteil von 0,50% angeboten. Ziel der Beratung ist es, möglichst genau über das Asylverfahren zu informieren, vor allem über die Mitwirkungspflicht und die Bedeutung des Schriftverkehrs mit dem BAMF (Sicherstellung Erreichbarkeit, Termine etc.) Besondere Fragestellungen und Problemlagen wie Traumata oder Erkrankungen müssen geklärt werden, bei Bedarf wird mit geeigneten Beratungsstellen, TherapeutInnen oder RechtsanwältInnen kooperiert. Zentral ist die Vorbereitung zur Anhörung, die Tatsache, dass dieser Termin die einzige Möglichkeit ist, alle asylrelevanten Geschehnisse zu erzählen ist vielen Asylsuchenden nicht bewusst. Manche sind so traumatisiert, dass sie sehr behutsam auf eine möglichst vollständige Schilderung ihres Verfolgungsschicksals vorbereitet werden müssen.

Seit Jahren kritisierten in Frankenthal viele in der Flüchtlingsberatung Tätige, Hauptamtliche wie ehrenamtliche HelferInnen die oft nicht nachvollziehbare Vorgehensweise bei Entscheidungen und Sanktionen des Sozialamtes. Im Jahr 2017 reagierte der Oberbürgermeister auf die Beschwerden, ein Konfliktmediator wurde beauftragt und ein Klärungsprozess unter Beteiligung aller Akteure initiiert, an dem auch die Stelleninhaberin der Asylverfahrensberatung beteiligt ist. Der Prozess befindet sich in Umsetzung, eine leichte Entspannung der Situation ist bereits zu beobachten.

4. Migrationssozialarbeit

Die meistgefragten Themen waren Arbeit- und Wohnungssuche, Aufenthaltsrecht, Arbeitsrecht, Sicherung des Lebensunterhalts, Gesundheit, Zugang zu den Sprachkursen und zu anderen Bildungsangeboten.

Die Mitarbeiterin nahm auch dieses Jahr an verschiedenen Netzwerken teil, kooperierte eng mit städtischen Einrichtungen, begleitete die Klienten häufig zu Vorsprachen und erleichterte somit die Klärung komplexer Sachverhalte.

5. Herausforderungen

Aufgrund von Änderungen von Gesetzen und Durchführungsverordnungen zum Thema Zuwanderung bzw. Asyl auf Bundes- und Landesebene, die unsere Arbeit betreffen, war es auch dieses Jahr sehr arbeitsaufwändig, auf dem jeweils aktuellen Stand zu bleiben um die Ratsuchenden kompetent zu beraten. Regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen und Netzwerktreffen, Kooperation und Kontaktpflege mit wichtigen Akteuren sowie intensiver Austausch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren und sind für das ganze Team von großer Wichtigkeit.

Wichtig ist ebenso ständige Internetrecherche zu diesen Themen, Lektüre von Newslettern und in Bezug auf Familienzusammenführung Recherche zur bzw. Unterstützung bei der Terminierung der Beantragung von Visa bei den deutschen Auslandsvertretungen. Die Verfahren zur Terminbuchung sind sehr unterschiedlich, fast immer online

durchzuführen und für unsere KlientInnen zum Teil nicht machbar.

6. Statistische Daten

Die Zahl der Ratsuchenden bleibt weiter auf sehr hohem Niveau. Beide Fachkräfte der **MBE** haben im Berichtszeitraum in Ludwigshafen und Frankenthal über 3500 Beratungsgespräche mit 1385 Personen durchgeführt, davon waren 553 Ratsuchende im Jahr 2017 zum ersten Mal bei uns. Viele Neuzuwanderer aus den EU-Ländern suchen frühzeitig nach ihrer Einreise unsere Beratungsstelle auf.

Im Jahr 2017 bildeten die EU-Bürger nach der KIBNET-Statistik mit 647 Personen die größte Gruppe der MBE-Klientel. Die Mehrzahl der KlientInnen stammte wie im Vorjahr aus Bulgarien (323 Personen) gefolgt von Personen aus Syrien (283 Personen) und aus der Türkei (243 Personen). Weitere große Gruppen, die im Berichtszeitraum die MBE aufgesucht haben, sind u.a. anerkannte Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und Somalia.

Das Durchschnittsalter der Klientel ist 39,2 Jahre, die meisten KlientInnen sind zwischen 27 und 35 Jahre alt (422 Personen). Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die Gruppe der jungen MigrantInnen zwischen 18 bis 27 Jahren mit 272 Personen die zweitgrößte Gruppe der Klientel war und weniger Erwachsene über 55 Jahren (146 Personen) die Beratungsstelle aufsuchten. Dies ist vor allem auf die Beratungsnachfrage der jungen ZuwandererInnen aus den EU-Ländern (Bulgarien, Italien, Griechenland, Polen und Ungarn) und der anerkannten jungen Geflüchteten vorwiegend aus Syrien, dem Irak und Somalia zurückzuführen, während ältere MigrantInnen der 1. Generation z.B. aus der Türkei, Italien und Griechenland immer seltener vorsprechen.

Die Zahl der Ratsuchenden im Arbeitsbereich **MFD** erreichte 2017 bisher das höchste Niveau. Es wurden insgesamt 486 Menschen beraten und über 1.314 Beratungsgespräche geführt. Ohne das Engagement von PraktikantInnen hätte die Mitarbeiterin die angestiegenen Beratungszahlen nicht bewältigen können. 70% der Klienten waren

männlich, zwischen 25-45 Jahre alt und 30% weiblich. Die Mehrheit der Ratsuchenden besuchte mehrmals die Beratungsstelle, da oft komplexe Problemkonstellationen vorlagen und eine langfristige Beratung erforderlich war.

Die Herkunftsländer waren Syrien (129), Irak (58), Somalia (51), Bulgarien (30), Georgien (30), Afghanistan (27), Eritrea (22), Russland (22), Aserbaidschan (21), Griechenland (8), Ukraine (5), Armenien (13), Pakistan (8), Deutsche mit Migrationshintergrund (8), Iran (7), Ägypten (6), Polen (4), Türkei (3), Litauen (3), Ungarn (3), Korea (3), Ghana (3), Kroatien (3), Bosnien (3), Äthiopien (2), Algerien (2), Ungarn (3), Rumänien (2), Italien (5), Marokko (2), Togo (2), Serbien (2), Bosnien (2), Ghana (1), Spanien (1), Philippinen (1), Bahrain (1), Tunesien (1), Kamerun (1), Nigeria (1), Staatenlos (3).

In **Frankenthal** gingen die Beratungszahlen leicht zurück, Problematik und Intensität der Beratung blieben bestehen. Insgesamt nutzten 2017 116 Klienten das Angebot der **Asylverfahrensberatung**, es wurden 454 Beratungen durchgeführt. 80% der Klienten waren männlich, zwischen 25-45 Jahre alt und 20% weiblich. Die Mehrheit der Ratsuchenden besuchte mehrmals die Beratungsstelle, da oft komplexe Problemkonstellationen vorlagen und eine langfristige Beratung erforderlich war.

Die Herkunftsländer waren Syrien (32), Armenien (19), Afghanistan (12), Georgien (10), Aserbaidschan (8), Eritrea (7), EU-Bürger (6), Somalia (4), Irak (4), Russland-Deutsche / Spätaussiedler (4), Pakistan (3), Ukraine (1), Serbien (1), Algerien (1), Ägypten (1), Türkei (1), Kirgisistan (1), Jordanien (1).

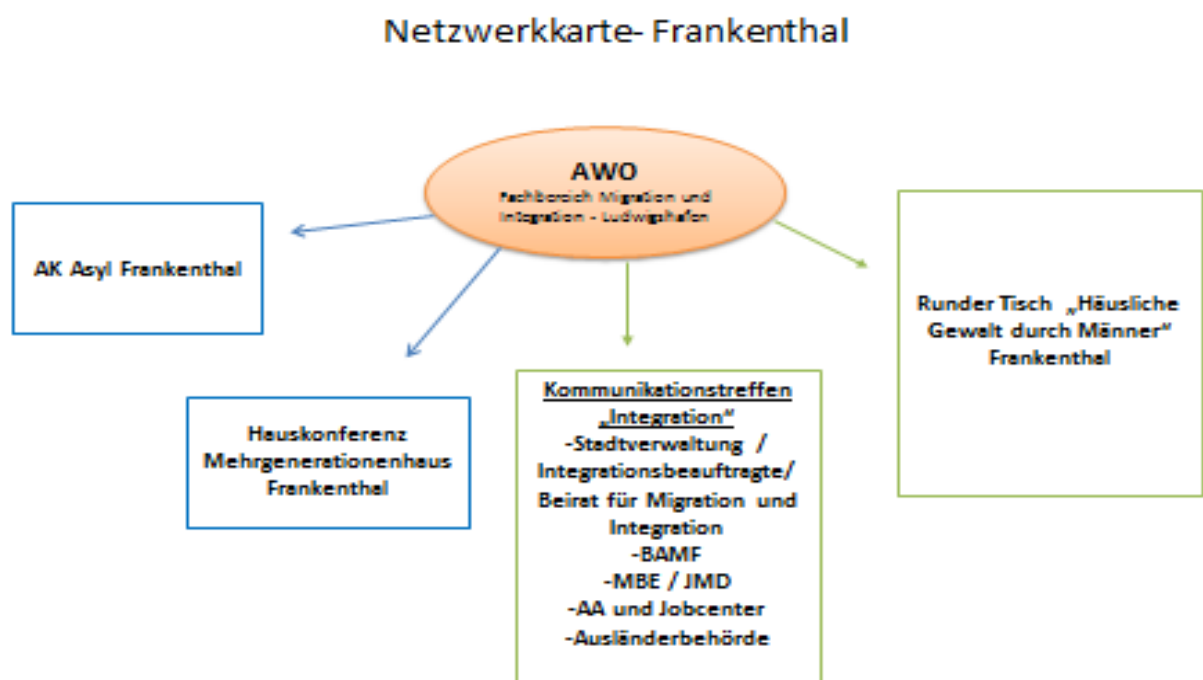
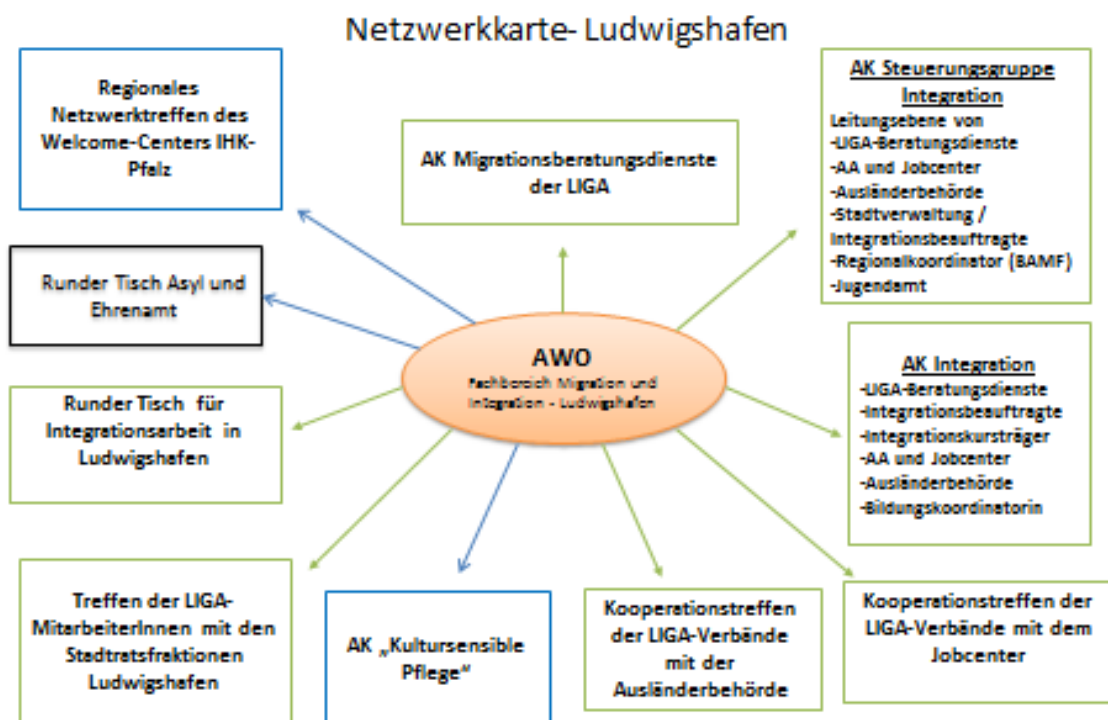
Die Stelle der **Migrationssozialarbeit** wird aus städtischen Mitteln finanziert und ist mit einer Mitarbeiterin in Teilzeit besetzt. Die Beratungszahlen sind im Vergleich zum letzten Jahr leicht zurückgegangen. Das Beratungsangebot nutzten überwiegend albanische, kosovarische und Mazedonische Staatsangehörige, aber auch EU-Bürger und Drittstaatsangehörige mit Daueraufenthalt EU kamen zu der Beraterin. Insgesamt wurden im Jahr 2017 275 Klienten beraten und ca. 800 Beratungsgespräche durchgeführt.

7. Netzwerkarbeit und Kooperationen

Außer den aus den Netzwerkkarten ersichtlichen Kooperationen gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Außenstelle des BAMF in Trier, sowohl mit dem Regionalkoordinator als auch mit dem für die Zulassung zu Integrationskursen zuständigen Referat, außerdem haben wir freundliche AnsprechpartnerInnen für Fragen zum Themenbereich Asyl bei den Außenstellen des BAMF in Trier und Ingelheim/Bingen. Die Kooperation mit den Deutschen Botschaften und Konsulaten geschieht per Mail und war auch im Jahre 2017 sehr hilfreich.

Weiterhin sehr gut ist die Kooperation mit Sprachkursträgern, den KollegInnen vom Sozialamt, der Ausländerbehörde und des Jobcenters in Ludwigshafen. Auch mit dem Jugendamt und der Schnittstelle Jugendberufshilfe gab es eine sehr gute Kooperation, wir verweisen viele Eltern, deren heranwachsende Kinder Fragen zum Thema Berufsfindung und Lehrstellensuche haben, dorthin. Mit der städtischen Erziehungsberatungsstelle und den Beratungsstellen für Schwangere der verschiedenen Träger kooperieren wir ebenfalls.

Abb. Netzwerkkarten in Ludwigshafen und Frankenthal



8. Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen

MitarbeiterInnen unserer Beratungsstelle besuchten im Jahr 2017 folgende Veranstaltungen:

08.02.2017	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
10.03.2017	Informationsveranstaltung über den Rentenanspruch türkischer Staatsangehörige nach türkischem Recht / Treffen mit der Arbeitsattaché des türkischen Generalkonsulats Mainz in Koblenz
11.03.2017	Internationaler Frauentag in Ludwigshafen
18.und 19.04.2017	Klausurtagung der AWO-Migrationsberatungsstellen in Rheinland-Pfalz, Remagen-Rolandseck
20.05.2017	Feier zum 10-jährigen Bestehen des MGH in Frankenthal
23.05.2017	Plenumssitzung des Rates für Kriminalitätsverhütung Ludwigshafen
21.06.2017	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Ludwigshafen
06.09.2017	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Idar-Oberstein
27.09.2017	Info-Messe des Pflegestützpunktes „Älter werden in Ludwigshafen“, in den Räumlichkeiten des Italienischen Vereins CIAO Ludwigshafen
05.10.2017	Informationsveranstaltung zu SGB II in Verbindung mit Ansprüchen von EU-Bürgern, neue Regelungen und Rechtsprechung
16.10.2017	Fortbildung „Familiennachzug zu Flüchtlingen“, Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP, in Kaiserslautern
23.11.2017	Regionales Netzwerktreffen, Welcome Center der IHK Pfalz
06.12.2017	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Neuwied
Okt. und Dez. 2017 div. Termine	Weiterbildung „Case Management“, AWO-Bundesakademie, Berlin Supervision für die AWO-Migrationsberatungsstellen, AWO Mainz

8. Personelle Besetzung und Kontaktdaten

Geleitet wird die Beratungsstelle ehrenamtlich von Herrn Holger Scharff,
Vorstandsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.

Holger Scharff (Vorsitzender)	Telefon	0177 2145868
	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	vorstand@awo-lu.de

Buchhaltung und allgemeine Information

Matthias Gärtner (Verwaltung)	Telefon	0621 518015
	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	buer@awo-lu.de

Bürozeiten

Montag bis Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
--------------------	--

MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (gefördert durch das Bundesministerium des Innern - BMI)

Maria Khanian Lish (Diplompädagogin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Englisch, Türkisch (Französisch)
	Telefon	0621 5292107
	Mobil	0176 845 483 95
	E-Mail	khanian@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen

Montag	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal

Dienstag	14:00 Uhr bis 17:00 Uhr und nach Vereinbarung
----------	--

Seçkin Durusoy (Pädagoge, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Türkisch
	Telefon	0621 515801
	Mobil	0176 – 845 483 96
	E-Mail	durusoy@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen

Dienstag	14:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal

Dienstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
----------	-------------------------

sowie nach Vereinbarung

**MFD - Migrationsfachdienst und Asylverfahrensberatung
(gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz)**

Ekaterine Degen (Germanistin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Russisch, Georgisch, Englisch
	Telefon	0621 511706
	Mobil	0176 – 845 483 94
	E-Mail	degen@awo-lu.de

Sprechstunden in Ludwigshafen

Dienstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Donnerstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal (Dathenushaus)

Montag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag	14:30 Uhr bis 17:00 Uhr
Donnerstag	15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

(Dienstag nur mit Termin)

**Migrationssozialarbeit
(gefördert durch die Stadtverwaltung Ludwigshafen)**

Shpresa Cellmer (Sozialberaterin)	Sprachen	Deutsch, Albanisch
	Telefon	0621 5292047
	Handy	0176 – 845 483 97
	E-Mail	cellmer@awo-lu.de

Sprechstunden

Dienstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Donnerstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

An dieser Stelle danken Vorstand und MitarbeiterInnen der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V., allen ihren Förderern und KooperationspartnerInnen für Ihre Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2017.

In besonderem Maße möchten wir uns auch dieses Jahr wieder bei den vielen Menschen bedanken, die als BrückenbauerInnen, ehrenamtliche HelferInnen, als Nachbarn oder Bekannte die Ratsuchenden in unsere Beratungsstelle begleitet haben. Wir haben immer wieder beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen dürfen und viel Hilfsbereitschaft und echte Freundschaften zwischen Alteingesessenen und Neuzuwanderern erlebt, die Hoffnung machen.

Sie und unsere Praktikantinnen und Praktikanten bzw. ehrenamtlichen MitarbeiterInnen haben uns tatkräftig unterstützt, viele Gespräche mit den Ratsuchenden hätten ohne ihre Hilfe nicht so erfolgreich stattfinden können.

